► Amtsgericht Düsseldorf

Vergütung auch für die Grundbesitz-Feststellungserklärung

| Die Klägerin K (Steuerberaterin) erstellte für ihre Mandantin M eine ErbSt-Erklärung. Da der Nachlass der M Grundbesitz umfasste, hat K nicht nur die ErbSt-Erklärung, sondern auch die Grundbesitz-Feststellungserklärungen erstellt. M ersetzte die von K ermittelten Grundbesitzwerte durch selbst berechnete Werte. Die Vergütungsrechnung der K bezahlte M nur anteilig für die Erstellung der ErbSt-Erklärung, da sie K nicht ausdrücklich beauftragt habe, die Feststellungserklärungen zu erstellen. |

Das AG Düsseldorf (14.8.18, 37 C 79/18, Abruf-Nr. 205791) bejahte den Vergütungsanspruch der K. Allerdings habe K keinen unmittelbaren Anspruch nach § 24 Abs. 1 Nr. 11 StBVV (Erklärung zur Feststellung nach dem BewG oder ErbStG), denn im Auftrag zur Anfertigung der ErbSt-Erklärung ist nicht stets automatisch die Beauftragung zur Feststellungserklärung enthalten. K habe aber einen analogen Anspruch nach § 24 Abs. 1 Nr. 12 StBVV (Erstellung der ErbSt-Erklärung) i.V. mit § 24 Abs. 1 Nr. 11 StBVV, da zur Erstellung einer ErbSt-Erklärung mit Grundbesitz dieselbe Ermittlungstätigkeit des StB erforderlich ist, die auch bei der Erstellung einer unmittelbar nach § 24 Abs. 1 Nr. 11 StBVV abrechnungsfähigen Feststellungserklärung anfällt. In beiden Fällen bildet die Grundlage eine Wertermittlung nach § 151 BewG.

MERKE | Die genaue Wertermittlung erfolgt durch das Lagefinanzamt. Soweit der Steuerpflichtige vor Einreichung der Unterlagen die Werte ändert, hat dies auf den Gegenstandswert des § 24 Abs. 1 Nr. 11 StBVV keinen Einfluss. Andernfalls könnte der Mandant durch eigenmächtige Änderungen der vom StB vorbereiteten Erklärung die Höhe des Gebührenanspruchs beeinflussen.

► Landgericht Nürnberg-Fürth

Der Totenfürsorgeberechtigte führt die Bestattung durch

| Die Erblasserin setzte ihren Sohn zum Alleinerben ein; ihre Tochter, die auf Lanzarote lebte, enterbte sie und entzog ihr wegen einer Unterschlagung den Pflichtteil. In dem Testament ordnete sie an, dass sie eine Bestattung im Grab ihrer Eltern möchte. Die Tochter sollte vom Tod der Erblasserin nicht verständigt werden und auch nicht an der Beerdigung teilnehmen. |

Der Sohn bestattete seine Mutter aber in einem Urnengrab an seinem Wohnort. Die Tochter beantragte die Umbettung. Das LG Nürnberg-Fürth (19.6.18, 6 O 1949/18, Abruf-Nr. 205154) hat den Antrag angelehnt. Das Recht zur Totenfürsorge steht demjenigen zu, den der Verstorbene mit den Angelegenheiten der Bestattung – ausdrücklich oder durch schlüssiges Verhalten – betraut. Diese Aufgabenzuweisung ist losgelöst vom Erbrecht. Vorliegend sollte die Tochter aber nicht einmal über den Tod der Verstorbenen informiert werden.

MERKE | Zu beachten ist allerdings, dass eine im Widerspruch zum Willen des Verstorbenen stehende Art und Weise oder Ort der Bestattung ausnahmsweise eine spätere Umbettung des Leichnams bzw. der Urne rechtfertigen kann.

Grundbesitz:
Mandant stellt im
Nachhinein eigene
Wertermittlungen an

Schätzung durch
Steuerpflichtigen
verbietet sich

Enterbte Tochter
kann keinen Antrag
auf Umbettung
stellen